



Ausserordentlicher Wahlparteitag SP Schweiz 26. März 2011 in Zürich

Tischvorlage

Inhalt

zu Traktandum 2.3
aktualisierte Traktandenliste

zu Traktandum 5
cleantech

zu Traktandum 6.2
Anträge zur Wahlplattform

zu Traktandum 12
weitere Resolutionen

Definitive Traktandenliste (aktualisiert 22. März)**Ausserordentlicher Wahlparteitag im Kongresshaus Zürich****Samstag, 26. März 2011, 10.45 Uhr – ca. 15.30 Uhr**

- 10.45** **1.** **Eröffnungsgeschäfte**
 1.1 Eröffnung des Parteitages
 1.2 Begrüssung durch Stefan Feldmann, Kantonalpräsident Zürich
 Begrüssung durch Corine Mauch, Stadtpräsidentin Zürich
 1.3 Wahl der StimmzählerInnen u. der Mandatsprüfungskommission
- 11.00** **2.** **Geschäfte zum Ablauf des Parteitages**
 2.1 Mitteilungen
 2.2 Genehmigung der Geschäftsordnung
 2.3 Genehmigung der Traktandenliste
- 3.** **Protokoll Parteitag 30./31. Oktober 2010, Lausanne**
 (auf dem Internet unter www.spschweiz.ch/parteitag abrufbar)
- 11.15** **4.** **Rede Christian Levrat, Parteipräsident**
- 11.35** **5.** **Cleantech: 100'000 neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien**
 5.1 Einführung Ursula Wyss, Fraktionspräsidentin
 5.2 Verabschiedung GL-Resolution: Ausstieg aus der Atomkraft –
 Umstieg auf erneuerbare Energie
- 12.00** **6.** **Wahlplattform: 10-Punkte-Programm**
 6.1 Präsentation
 6.2 Diskussion und Detailberatung
 Behandlung von Anträgen
- 13.45** **7.** **Rede Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin**
- 14.00** **8.** **Kulturelles Intermezzo**
- 14.15** **9.** **Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin**
- 14.30** **10.** **Unterstützung Hausarzt-Initiative**
 10.1. Verabschiedung Resolution (R-1)
- 14.45** **11.** **Rede Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin SP Frauen**
- 15.00** **12.** **Resolutionen und Varia**
- 15.30** **13.** **Schluss / Ausklang / Apéro**

Traktandum 5.2

Eingegangene Anträge Wahlplattform: 10-Punkte-Programm

A-1 SP Länggasse-Felsenau, Bern, David Stampfli

Wahlplattform 2011 der SP Schweiz (Neuer Text)

Die SP will faire Löhne, gerechte Steuern und eine saubere Umwelt.

Die SP fordert

- mindestens einen Stundenlohn von 22.-
- eine öffentliche Krankenkasse nach dem Vorbild der SUVA
- AKWs abschalten, erneuerbare Energien fördern

Und die SP fordert weiter

- ÖV, Post, Schulen und Gesundheitsversorgung für alle Regionen
- bezahlbarer Wohnraum für alle statt Wohnungsnot
- 42 AHV-Beitragsjahre statt eine Erhöhung des Rentenalters
- die AHV soll durch eine Erbschaftssteuer finanziert werden
- harte Regeln für die Grossbanken
- bezahlte Weiterbildungsmöglichkeiten
- Tagesschulen für alle Kinder

Antrag

Die obenstehende „Wahlplattform 2011 der SP Schweiz“ wird als neue Wahlplattform übernommen.

Begründung: Die vorliegende Wahlplattform leidet an der gleichen Krankheit wie die meisten Papiere der SP: sie ist zu umständlich formuliert, es werden unzählige Fachbegriffe verwendet und es fehlt die zugespitzte klare Botschaft. Die SP verliert regelmässig Abstimmungen und Wahlen, weil sie es nicht schafft ihre Anliegen klar zu formulieren und einer breiten Wählerschaft verständlich zu machen. Als Folge davon picken Medien und WählerInnen einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen, heraus und interpretieren sie nach eigenem Gutdünken und sorgen so für Missverständnisse. Dabei wären die Botschaften der SP klar und einfach verständlich: wir wollen faire Löhne, gerechte Steuern und eine saubere Umwelt. Begriffe wie „Soziale Gerechtigkeit“ und „Kaufkraft“ verwirren mehr, als zu Erklärungen beizutragen.

Deshalb muss die Wahlplattform entsprechend dem beiliegenden Vorschlag deutlich gekürzt und vereinfacht werden. Die Wahlplattform der SP Schweiz besteht neu aus den 10 aufgelisteten Forderungen. Die bisherige Wahlplattform soll als erklärender Anhang ebenfalls beigelegt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL teilt das Anliegen der SP Bern Länggasse, wonach eine Wahlplattform nicht zu umfassend sein darf und die Forderungen der SP auf den Punkt bringen muss. Aus diesem Grund hat die GL im Gegensatz zu den Wahlen 2003 und 2007 darauf verzichtet, eine Wahlplattform mit 25 verschiedenen Themen mit je rund 25 Forderungen zu präsentieren, sondern hat sich auf die wichtigsten 10 Punkte konzentriert. Gleichzeitig ist die GL aber auch der Auffassung, dass zwei Seiten für eine Wahlplattform nicht zu umfassend sind und dass Begriffe wie Soziale Gerechtigkeit und Kaufkraft durchaus verständlich sind.

A-2 JUSO Schweiz (Monika Simmler)**10-Punkte-Plan der JUSO Schweiz: Verabschiedet an der Jahresversammlung 12./13. März****Auf dem Weg zu Freiheit und Demokratie**

Der Parteitag der SP Schweiz vom 30. und 31. Oktober 2010 hat beschlossen, dem neuen Parteiprogramm neben einer Zusammenfassung einen 10-Punkte-Plan zur Umsetzung folgen zu lassen. Dieser Plan soll festhalten, wie wir uns die nächsten konkreten Schritte hin zum demokratischen Sozialismus vorstellen. Die JUSO Schweiz will sich an dieser Debatte beteiligen, handelt es sich doch vor allen anderen Generationen auch um die Gestaltung unserer Welt und unserer Partei.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte

Seit die SP Schweiz 1888 gegründet wurde, hat sich einiges bewegt. Die ArbeiterInnenbewegung und die demokratische Linke konnten während 70-80 Jahren des vergangenen Jahrhunderts grosse politische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Forderungen durchsetzen. Seitdem in den 1970er die Siegeswelle des Neoliberalismus ihren Anfang genommen hat, stehen diese linken Erfolge aber unter massivem Druck. Dabei wird deutlich, wie neoliberale und rechtskonservative Ideen Hand in Hand gehen: die neoliberalen Forderungen nach Eigenverantwortung, Wettbewerb und Leistung führen dazu, dass die Menschen in ständiger wirtschaftlicher Angst leben. Die konservativen Werte geben in diesem Moment vermeintlich Halt. Das Rad der Zeit soll also in allen Lebenswelten um Jahrzehnte zurückgedreht werden: in der Familie, in der Bildung, in der Sicherheitspolitik, bei den sozial-staatlichen Solidaritäten und nicht zuletzt bei den politischen und ökonomischen Rechten.

Seit den 90er Jahren wird der Kapitalismus als das Ende der Geschichte postuliert. Was den Kapitalismus dabei auszeichnet ist, dass einige wenige alleine über die Ressourcen verfügen und bestimmen, was damit geschieht. Zehn Prozent der Weltbevölkerung kontrollieren beispielsweise 86 Prozent des gesamten Vermögens. Die Schweiz ist eines der Länder mit der ungerechtesten Vermögensverteilung: 1 Prozent besitzen gleich viel wie die restlichen 99 Prozent zusammen.

Diese Organisationsform ist nicht nur fundamental undemokratisch, sie hat auch einen grossen Haken: Da alles nur einigen wenigen gehört, arbeitet das System auch im Interesse von einigen wenigen und nicht für die Mehrheit. Daran hat auch die grösste Weltwirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg nichts geändert. Anstatt die für die Krise verantwortliche krasse Ungleichverteilung des Reichtums zu korrigieren, wird diese durch Staatsabbau, Sparübungen bei den Sozialwerken und Steuerreformen weiter verschärft. In der Folge öffnet sich die Schere zwischen arm und reich immer mehr.

Warum hat es das kapitalistisch-neoliberale System geschafft, von der Krise zu profitieren?

Weil die VertreterInnen dieses Systems ihr Prinzip von Eigenverantwortung und Konkurrenz mit Hilfe ihrer Millionen durchsetzen können. Durch dieses Vorgehen schüren sie permanent soziale und ökonomische Unsicherheiten. Das neoliberal-kapitalistische System hat in allen Lebenswelten ihre Vormacht gewonnen. Der Kapitalismus dominiert nicht nur unsere äussere Welt – die Wirtschaft –, sondern zunehmend auch die innere Welt – das Denken, Fühlen und Handeln der Menschen. Der Mensch an sich steht nicht mehr im Mittelpunkt, sondern die Leistung, die er vollbringt. Wir aber wissen: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Es liegt an uns, dem kapitalistischen System und der Macht des neoliberalen Gedankenguts mit einer Alternative entgegenzutreten. Unsere Vision heisst demokratischer Sozialismus: wir wollen die konsequente Weiterentwicklung unserer Demokratie im Interesse der grossen Mehrheit und in allen Lebensbereichen. Wir fordern Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

10-Punkte

1. Mehr Freiheit: Ausbau der Sozialwerke zu einer AEV

Das aktuelle System der Sozialversicherungen ist in unzählige Kassen aufgesplittet (AHV, IV, ALV, EO, SUVA, Sozialhilfe usw.). Verschiedene Kassen stehen in Konkurrenz zueinander, Kosten explodieren, Kranke werden von Versicherung zu Versicherung geschoben. So findet eine Entsolidarisierung der einzelnen Gruppen statt, weil sie gegeneinander ausgespielt werden (Behinderte gegen Nichtbehinderte, Arbeitslose gegen Arbeitende usw.). Diese Entsolidarisierung ist politisch gewollt und entspricht der neoliberalen Logik. Das bestehende Sozialversicherungssystem muss daher grundlegend reformiert werden. Die Sozialwerke sollen in eine allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) zusammengefasst werden. Diese nationale Kasse sichert die Menschen gegen die Folgen von Erwerbsausfall ab. Sie soll über progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie über Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuern finanziert werden.

2. Mehr Freiheit: Unabhängige erneuerbare Energieversorgung

Mit Schreckensszenarien über eine Energielücke, die in einigen Jahren in der Schweiz herrschen wird, versuchen die Atomlobby und die mit ihnen verbündelten bürgerlichen Parteien neue Atomkraftwerke als einzigen Ausweg darzustellen. Mit Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien sind AKWs jedoch überflüssig. Die bürgerliche Mehrheit wehrt sich aber gegen einen Atomausstieg, weil ihnen sonst Millionen der Atomlobby entgehen. Doch den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Deshalb muss sofort in diese Technologien investiert werden (z.B. durch eine Mobilisierung der Pensionskassengelder) und nicht noch mehr subventionierte AKWs gebaut werden. Dabei entstehen 100'000 neue Arbeitsplätze in einer neuen, nachhaltigen Wirtschaftsbranche. Die Schweiz muss unbedingt auf die europaweite Vernetzung dieser erneuerbaren Energiequellen hinarbeiten und sein eigenes Stromnetz sofort auf den notwendigen Stand bringen (Gleichstromnetze etc.). Neben dieser Förderung der erneuerbaren Energie und Investitionen in die Energieeffizienz muss auch ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden und der Energieverbrauch reduziert werden. Auch hier gilt es den permanenten Wachstumszwang zu überwinden und eine suffiziente Gesellschaft vor Augen zu haben.

3. Mehr Demokratie: Überführung der Leistungen von Banken und Versicherungen in den Service Public

Getreu dem Motto „die Schulden dem Staat, die Gewinne den Privaten“ rettete der Staat die UBS 2008 vor dem Bankrott, ohne jegliche tiefgreifenden Konzessionen für die Zukunft zu machen. Die Gewinne steckten sich die Bankkader wieder in die Tasche. Das Rettungspaket für die UBS hat drei Dinge gezeigt: erstens ist das Banken- und Versicherungssystem zu unsicher, weil nur der kurzfristige Gewinn und eine möglichst hohe Rendite zählt. Zweitens haben Banken eine Grösse und Macht erreicht, sodass ihr Bankrott eine volkswirtschaftliche Gefahr darstellt. Sie haben daher die Gewissheit, dass der Staat im Falle eines drohenden Ruins einspringen wird. Das Volk versichert also das gierige Treiben der Banken, ohne sich am Gewinn beteiligen zu können. Und drittens haben die bürgerlichen Kräfte alle Hebel in Bewegung und die Demokratie ausser Kraft gesetzt, um ihren BankenfreundInnen und SpenderInnen aus dem von ihnen verursachten Schlamassel zu helfen. Die einzige Antwort auf diese Probleme ist die Überführung von Banken und Versicherungen in den Service Public. Banken und Versicherungen stehen im Interesse der Mehrheit. Sie dürfen keine nicht-staatliche Macht sein, die die Politik bestimmt. Genau das ist 2008 passiert und darf nicht wieder passieren.

4. Mehr Demokratie: Transparenz in der Parteienfinanzierung

Die Parteienfinanzierung ist zum heutigen Zeitpunkt ungeregelt und intransparent. Unsummen fließen jährlich von der Wirtschaft und dem Finanzplatz zu den bürgerlichen Parteien, die deren Befehle einer kleinen reichen Minderheit empfangen und erfolgreich durchzusetzen versuchen. Es erstaunt daher wenig, dass sich die bürgerlichen Parteien vehement gegen eine Offenlegung der Parteifinanzien und Spenden wehren, würden sie so doch ihre Geldquellen angeben müssen. Die Intransparenz ist aus mehreren Gründen demokratiepolitisch illegitim. Einerseits können sich die Stimmberechtigten kein Bild über die finanzgebundenen Abhängigkeiten und Interessenskonflikte machen. Andererseits ermöglicht die intransparente Parteienfinanzierung Korruption und schafft ungleich verteilte Mittel bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen. Politik muss im Interesse der Mehrheit handeln und nicht einer kleinen privilegierten Minderheit dienen. Eine Politik, die von Geld regiert wird, hat versagt. Die SP Schweiz wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen die Transparenz bei der Parteienfinanzierung und die öffentliche Parteienfinanzierung auf die politische Agenda setzen.

5. Mehr Gleichheit: Vermögens- und Reichtumssteuer, Harmonisierung der kantonalen Steuern

Nachdem sich in der ersten Hälfte des 20. Jh. die Vermögensschere immer mehr geschlossen hat, öffnet sie sich seit der neoliberalen Wende in den 1970er wieder rasant. Steuergeschenke für Superreiche sind an der Tagesordnung und heizen den interkantonalen Steuerwettbewerb zusätzlich an. Zudem wurden in den letzten Jahren zahlreiche Steuern abgeschafft, die vor allem Reiche belastet hatten (Erbschaftssteuer, Schenkungssteuer, Handänderungssteuer etc.) Das reichste Prozent besitzt heute gleich viel wie die restlichen 99 Prozent der Bevölkerung zusammen – die Schweiz eines der Länder mit den grössten Vermögensunterschieden. Die SP Schweiz lanciert einerseits eine Initiative zur Wiedereinführung der nationalen Erbschaftssteuer ein und fördert andererseits kantonale Initiativen und Vorstösse, Vermögens- und Reichtumssteuern zu erhöhen. Die Idee der Steuergerechtigkeits-Initiative muss weiterverfolgt werden: Die Kantone sollen die Höhe ihrer Einkommens- und Vermögenssteuern angleichen, um den ruinösen Steuerwettbewerb zu verhindern.

6. Mehr Gleichheit: Mindestlöhne, 1:12-Initiative und bedingungsloses Grundeinkommen

Die Vermögens- und Lohnschere hat sich in den vergangenen Jahren massiv geöffnet. Ein Top-Verdiener / eine Topverdienerin verdient durchschnittlich 73-mal mehr als der/die Angestellte mit dem tiefsten Lohn. Während ein paar wenige Millionen verdienen, gibt es viel geleistete Arbeit, die nicht entlohnt wird. Die Zahl derer, die trotz Arbeit von Armut betroffen sind, steigt. Denn obwohl es zwar in einigen Branchen Gesamtarbeitsverträge mit festgelegten Mindestlöhnen gibt, verdienen zahlreiche Menschen zu wenig, um von ihrem Lohn die Lebenskosten zu bezahlen. Die SP Schweiz fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, sie unterstützt zudem zwei Initiativprojekte zur Lohngerechtigkeit. Die 1:12-Initiative fordert, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der/die Bestverdienende im gleichen Unternehmen in einem Monat verdient. Die Mindestlohninitiative verlangt einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von CHF 4000 (42h/Woche), der sich am Konsumierendenindex orientiert.

7. Mehr Gleichheit: Kollektivierung von Boden- und Wohneigentum

Die Knappheit an Boden und Wohnfläche nimmt aus verschiedenen Gründen zu. Bereits heute ist der Anteil der Haushaltsangaben für die Wohnkosten in der Schweiz innerhalb der OECD an

grössten. Verschärfend kommt dazu, dass die Schweiz ein nur sehr schwach ausgebautes Mieterrecht kennt. Dies öffnet Mussbrauch Tür und Tor. Eine Studie des Bundes kommt zum Schluss, dass zwischen 1985 und 2005 jedes Jahr mindestens drei Milliarden mehr Mietzins bezahlt wurden, als rechtlich zulässig gewesen wären. Insbesondere in den Innenstädten und den Agglomerationen wird der Druck auf die Wohnungspreise nochmals zunehmen. Das neoliberale Modell der „aufgewerteten Stadt“ trägt das ihre dazu bei.

Diese Spirale kann nur gestoppt werden, wenn an den Eigentumsverhältnissen etwas verändert wird. Die SP Schweiz will den Anteil des öffentlichen oder genossenschaftlichen Eigentums an Wohnungen sukzessive auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Der Verkauf aus Besitz der öffentlichen Hand oder die Abgabe im Baurecht ist nur noch an Genossenschaften zu erlauben, wo möglich sind Rückkäufe anzustreben. Parallel dazu lanciert der Bund ein Förderprogramm für genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnbau.

8. Mehr Gleichheit: Gerechtes Bildungswesen

In den letzten Jahren wurden die Bildungsausgaben ständig gekürzt. Die Folge sind grössere Schulklassen, Erhöhung der Studiengebühren und Streichung von „unnötigen“ Fächern. Zudem sind die Bildungschancen eines Kindes abhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Die heutige Schule kann dies nicht ausgleichen.

Die SP will daher, dass die öffentliche Schule zur kindgerechten Tagesschule mit Betreuung und Aufgabenhilfe ausgebaut wird. Tagesschulen unterstützen alle Kinder gleichermaßen in ihrer schulischen Laufbahn und führen zu besseren Startchancen für alle. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als weitere Massnahme fordern wir die Abschaffung aller Studiengebühren und eine nationale Stipendienregelung.

9. Mehr Solidarität: Einheitskasse und einkommensabhängige Prämien

Jährlich werden die Krankenkassenprämien massiv erhöht. Die Kantone unterstützen zudem einkommensschwache Menschen mit Prämienverbilligungen und subventionieren den ruinösen Wettbewerb der Krankenkassen. Solidarität sucht man im aktuellen Gesundheitssystem mit Kopfprämien, Wahlfranchise, hohen Medikamentenpreisen oder Fallpauschalen vergebens. Kostensenkungsmassnahmen zugunsten der Versicherten werden von bürgerlichen ParlamentarierInnen, die BefehlsempfängerInnen der Krankenkassen sind, verhindert.

Die Schweiz braucht dringend ein sozialverträgliches Gesundheitssystem, das auf Solidarität aufbaut und für alle bezahlbar ist.

Deshalb hat die SP die Volksinitiative „für eine öffentliche Gesundheitskasse“ lanciert. Sie fordert, dass eine nationale öffentlich-rechtliche Einrichtung künftig für die obligatorische Krankenversicherung zuständig sein wird. So kann der negative Wettbewerb zwischen den 90 privaten Krankenversicherungen endlich gestoppt werden, der nur den Versicherungen nützt und auf Kosten der Versicherten geht. Als weitere Massnahme fordert die SP einkommensabhängige Krankenkassenprämien, um einkommensschwachen Familien und Personen zu entlasten. Wer mehr verdient, soll auch mehr bezahlen.

10. Mehr Solidarität: Totale Entschuldung der finanziell schwächsten Länder, Aufstockung der Entwicklungsgelder auf bis zu 5 Prozent, Ende des Bankgeheimnisses

Die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt geizt bei den Entwicklungsgeldern an die finanziell schwächsten Länder. Das Verhältnis der Schweiz zu ihnen ist geradezu absurd: Während die Schweiz nicht einmal die von der UNO geforderten 0.7 Prozent des BIP als Entwicklungsgelder an die Schwächsten auf dieser Welt zahlt, deckt sie mit dem Bankgeheimnis die

gerigen Eliten und Diktatoren der ärmsten Länder. Gleichzeitig verschärft sie im Schnelltempo ihre Asylpolitik und verunmöglicht den Asylsuchenden eine menschenwürdige Behandlung. Solidarität ist in der aktuellen Schweizer Politik gegenüber den ärmsten Ländern ein Fremdwort.

Dabei sollte die Schweiz als reiches Land in der solidarischen Verantwortung gegenüber diesen Ländern stehen. Die SP Schweiz fordert deshalb einerseits die sofortige Entschuldung der finanziell schwächsten Länder und eine Aufstockung der Entwicklungsgelder auf bis zu 5 Prozent. Andererseits muss das Bankgeheimnis abgeschafft werden, um nicht Diktatoren zu schützen und zu fördern, welche die eigene Bevölkerung ausnehmen und terrorisieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die GL der SP möchte mit der Wahlplattform ganz konkrete Projekte für die nächsten Jahre präsentieren. Daher hat sich die GL auf möglichst zugespitzte, einfache Forderungen beschränkt – im Wissen darum, dass eine Wahlplattform nicht umfassend sein kann. Das 10-Punkte-Programm der Juso ist nach Meinung der GL zu allgemein und umfassend und zuwenig auf die konkrete Forderung zugespitzt. Trotzdem: Ein grosser Teil der oben erwähnten Forderungen der Juso findet sich auch im 10-Punkte-Programm der SP.

A-3 Sektion Rheinfelden, Antrag zur Wahlplattform

Wir verstehen das 10-Punkte-Programm als Zusammenstellung der Themen, die die SP in der kommenden Legislaturperiode konkret angehen will. Daher erscheint es uns richtig, dass weder der EU-Beitritt noch das Grundeinkommen, weder die Armeeabschaffung noch die Überwindung des Kapitalismus vorkommen – so wichtig uns alle diese Ziele sind, sie werden in den nächsten vier Jahren nicht zur Debatte stehen.

Wir sind mit der Auswahl der Themen einverstanden, jedoch nicht mit der Reihenfolge. Jede Aufzählung führt, ob man das will oder nicht, zu einer Gewichtung. Und da sind wir der Meinung, dass die Reihenfolge etwa dem "Sorgenbarometer" entsprechen sollte.

Wir stellen daher folgenden Antrag: Die Reihenfolge der Projekte ist so umzustellen, dass sie die Problemgewichtung in der Bevölkerung widerspiegelt.

Nach internen Diskussionen wäre unsere Reihenfolge (die wir als Beispiel hier anführen, wir stellen sie nicht als Antrag):

1. Mindestlöhne
2. Krankenkasse
3. Wohnraum
4. AHV, Rentenalter
5. Chancengleichheit
6. Weiterbildung
7. Service Public
8. Werkplatz
9. Cleantech, AKW
10. Erbschaftssteuer

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Die Reihenfolge der 10-Punkte lässt sich in der Tat diskutieren. Für die GL ist die Feststellung wichtig, dass die Reihenfolge der Punkte nicht einer Priorisierung der Themen entsprechen. Die GL hat zuerst die eigenen Initiativprojekte genommen und danach die verschiedenen weiteren Punkte aufgezählt. Einem Abstellen der Reihenfolge auf die Problemgewichtung in der Bevölkerung steht die GL etwas skeptisch gegenüber, da sich diese ziemlich schnell ändern kann. Die GL möchte daher beliebt machen, bei der aktuellen Reihenfolge zu bleiben.

A-4 Raphael Widmer, SP Altoggenburg

Streichen: In den Titeln jeweils den Teilsatz ab ‚statt‘ streichen: *statt Milliarden für AKW; statt Versicherungsfilz; statt Lohndumping; ... ; statt einer Dominanz der Banken.*

Begründung: Die Titel der Themen sollten möglichst kurz und prägnant formuliert werden und klar herausstreichen, für was die SP einsteht. Die Formulierung der Titel sollte dabei positiv erfolgen über das, wofür wir kämpfen, und nicht negativ über das, was wir nicht wollen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Die GL der SP teilt den Ansatz der SP Altoggenburg, wonach sich die SP in erster Linie über einen positiven Ansatz definieren muss und ihre Projekte in den Vordergrund stellen muss. Die GL ist aber der Ansicht, dass dies mit der aktuellen Wahlplattform erreicht wird. Bei jedem Punkte kommt zuerst immer die positiv formulierte Forderung. Gleichzeitig braucht es nach Meinung der GL aber in einer zugespitzten Form auch den Verweis auf die Situation, welche wir nicht wollen. Damit widerspiegeln wir auch die Botschaft mit welcher wir in den Wahlkampf ziehen wollen. Wir stehen für die Interessen der gesamten Bevölkerung und nicht für Sonderinteressen.

Wahlplattform SP Schweiz:**Politik für die ganze Bevölkerung statt einseitige Vertretung von Sonderinteressen:****Einleitung**

Den SchweizerInnen widerstrebt ein Leben, das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Sie sehnen sich nach einer Zukunft mit Hoffnung und Perspektive. Diesen Glauben an eine bessere Zukunft und den Willen, eine solche zu erreichen, prägten auch Generationen von SozialdemokratInnen. Die sozialdemokratischen Ideen haben die Schweiz vorangebracht: AHV, Frauenstimmrecht, Mutterschaftsversicherung, UNO-Beitritt, Verkehrsverlagerung, Fristenregelung. Die zentralen Fortschritte in der Gesellschaft gingen auf sozialdemokratische Initiativen zurück.

Unsere Politik muss auch heute den Menschen die Gewissheit geben, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist und nicht nur für ein paar wenige Privilegierte. Heute bestimmen oft Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Politik. Das muss sich ändern. Es braucht eine Politik im Interessen der ganzen Bevölkerung.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen unsere Politik. Wir wollen jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und die Chance für ein erfülltes Leben geben. Unsere Politik muss dafür sorgen, dass Männer und Frauen endlich einander gleichgestellt werden. Und dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt oder wohin sie ein Schicksalsschlag zurückgeworfen hat.

Die SP Schweiz wird sich auch in den kommenden Jahren für soziale Gerechtigkeit, die Stärkung der Kaufkraft und erneuerbare Energien einsetzen. Konkret stehen folgende 10 Projekte im Vordergrund:

A-5 SP Frauen Schweiz, Einleitung, Abschnitt 3, zweiter Satz ersetzen durch:

Die Gleichstellung der Geschlechter muss endlich nicht nur gesetzlich festgehalten, sondern tatsächlich umgesetzt werden.

Begründung: Es geht nicht nur darum Frauen und Männer einander gesetzlich gleichzustellen, **sondern** vor allem Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts zu verhindern und allen dieselben Chancen für ein erfülltes Leben zu ermöglichen. Dazu sind Massnahmen zur tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung entscheidend gefordert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

A-6 PS Vaudois : Le titre en «Plate-forme électorale du PS Suisse: Une politique pour une majorité de la population plutôt que la défense d'intérêts particuliers »

Modifier le paragraphe en gras par « **Notre politique doit mettre en avant une autre Suisse, celle des salarié-e-s, celle de ceux qui vivent de leur travail. Une politique qui s'adresse à la majorité sociale de notre pays. Notre projet, c'est une Suisse qui ne sera pas construite pour la défense des intérêts d'une poignée de privilégié-e-s. Trop de lobbys et de groupes**

d'intérêts influent sur l'action politique. La Suisse doit s'en libérer et tendre vers le bien-être et la prospérité de tous. »

Motif : Le PS ne peut défendre toute la population mais la majorité de la population qui est salariée et qui vit de son travail.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifiziert annehmen.

Begründung: Die GL ist der Meinung – wie dies im letzten Satz der SP Waadt ebenfalls klar festgehalten wird – dass man das Interesse der gesamten Bevölkerung verteidigen muss und nicht dasjenige einiger weniger bereits Privilegierter. In der französischen Version ist die Formulierung etwas missverständlich – es könnte verstanden werden, dass die SP nicht nur, aber doch sehr wohl *auch* explizit Politik für die Privilegierten mache. Mit dem Streichen des Wortes „seulement“ im Ursprungstext kann dieses mögliche Missverständnis beseitigt werden. Tatsache ist: Die SP steht für eine Gesellschaft, in welcher alle Platz haben. Nicht wie die Bürgerlichen, welche eine Gesellschaft der Ausgrenzung postulieren. Daher ist es wichtig, diesen Gedanken drin zu behalten.

A-7 SP Winterthur (Christian Ulrich), Einleitung, Abschnitt 4 ersetzen durch:

„Nur so schaffen wir eine starke Gesellschaft. Eine Gesellschaft in der wir alle uns wohlfühlen und sicher sind vor Gewalt und finanzieller wie sozialer Not, weil wir uns gegenseitig stützen und respektieren. Das heisst: Wer in der Schweiz lebt, ist Teil dieser Gesellschaft und trägt seinen oder ihren Teil der Verantwortung für sie. Deshalb stehen für uns in den folgenden Jahren 10 Projekte im Vordergrund:“

Begründung: Wir wollen keine Gesellschaft des jeder gegen jeden, sondern eine des Miteinanders und der gemeinsamen Verantwortlichkeit. Die folgenden Projekte sollen dazu führen, die Gesellschaft zu stärken um im Miteinander und nicht gegen einander vorwärts zu kommen. Dies mit dem Ziel, dass sich alle Bewohnerinnen und Bewohner in diesem Land wohl fühlen und in physischer, finanzieller und sozialer Sicherheit leben können.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Wahlplattform, Punkt 1:**1. Wir wollen 100'000 neue Arbeitsplätze dank Erneuerbaren Energien statt Milliarden für AKW**

Bis 2030 soll mindestens 50% der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Dank der in unserer cleantech-Initiative geforderten Investitionen in Erneuerbare entstehen in der Schweiz 100'000 neue Arbeitsplätze. Damit schaffen wir eine nachhaltige Wirtschaftsbranche. Wir wollen den kommenden Generationen eine intakte Umwelt übergeben und sie nicht aufgrund von kurzfristigen Interessen der Atomlobby mit Risiken belasten. AKW sind extrem teuer, unwirtschaftlich und hinterlassen ein Sicherheits- und ein Abfallproblem. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien.

A-8 PS Vaudois : Modifier le point 1 comme suit :

D'ici 2030, les énergies renouvelables devront couvrir au moins 50% de nos besoins. Grâce à notre initiative Cleantech, les investissements consentis dans ce secteur permettront la création de 100'000 *emplois* en Suisse. Pour cela, il est nécessaire de procéder à des investissements publics massifs dans les transports publics, les énergies renouvelables ou encore l'isolation des bâtiments permettant à court terme d'économiser de l'énergie et de « décarboniser » l'économie. Les centrales nucléaires sont chères, dangereuses et produisent des déchets dont on ne sait toujours *pas* que faire tandis que les énergies renouvelables représentent un futur aussi écologiquement qu'économiquement sensé.

Motif : En tant que socialiste, nous estimons que cette politique est de responsabilité collective et non du simple individu, c'est pourquoi nous voulons insister sur l'importance des investissements publics.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Begründung: Die GL ist auch der Meinung, dass die öffentlichen Investitionen hier noch stärker hervorgehoben werden können.

Wahlplattform, Punkt 2:**2. Wir wollen eine öffentliche Krankenkasse statt Versicherungsfilz.**

Wir stehen ein für eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr und immer mehr Menschen haben Mühe sie zu bezahlen. Der Pseudowettbewerb in der Grundversicherung nützt nur den Krankenkassen und der Werbebranche. Den Versicherten bleiben die hohen Prämien und Unübersichtlichkeit. Darum wollen wir eine öffentliche Krankenkasse nach Vorbild der Suva, die gute Leistungen erbringt und kostengünstig wirtschaftet.

A-9 PS Vaudois :

Remplacer le titre par : « **OUI à une caisse-maladie publique, NON à la toute puissance des assureurs privés.** »

Ajouter au texte : « En parallèle, les subsides à l'assurance-maladie doivent être augmentés pour alléger la charge que représente les primes sur le budget des ménages ».

Motif : Nous voulons rendre le titre plus accessible et aborder la question sociale.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Wahlplattform, Punkt 3:**3. Wir wollen existenzsichernde Mindestlöhne für alle statt Lohndumping.**

Wer voll arbeitet, muss auch von seinem Lohn leben können. Es darf nicht sein, dass Firmen keine anständigen Löhne zahlen und dafür die Sozialhilfe aushelfen muss. Die Mindestlohninitiative schafft mehr Lohngerechtigkeit für alle: Ein Mindestlohn sorgt dafür, dass die Löhne aller Arbeitnehmenden mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. In den letzten Jahren sind Boni und Managerlöhne explodiert, die Lohnschere hat sich weiter geöffnet. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass wieder eine Lohnentwicklung stattfindet, die allen zugutekommt.

A-10 PS Vaudois :

Point 3: Remplacer le paragraphe par :

« OUI à une véritable protection pour les salariés, NON au dumping salarial et social »

Chacune et chacun doit pouvoir vivre dignement du produit de son travail. Or on voit de plus en plus de working poors, de temps partiel imposé, de travail sur appel, de CDD, de travail temporaire, de stages non rémunérés. Sans compter les licenciements qui se multiplient à large échelle. La précarité et la déréglementation au travail deviennent une pénible réalité pour de nombreux salariés, en particulier les jeunes et les femmes. Le code des obligations est le code du travail qui, en Europe occidentale, offre le moins de garanties et de protections pour les salariés. La Suisse est le seul pays où il est possible de licencier, y compris des délégués syndicaux, sans autre forme de procès. Le PS milite activement et par tous les moyens, y compris en appelant à la mobilisation, pour le maintien de tous les emplois dans les services publics, contre le dumping salarial, et contre les licenciements dans toutes les entreprises qui réalisent des bénéfices. Il milite activement pour le strict respect des mesures d'accompagnement à la libre circulation des personnes, et un renforcement significatif des contrôles. Notre initiative pour un salaire minimum, menée conjointement avec les syndicats, s'inscrit également dans cette perspective. »

Motif : Il faut un ensemble de mesures pour lutter contre le dumping salarial et pas seulement un salaire minimum.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Das Konzept des 10-Punkte-Programms ist eine Beschränkung auf zehn ganz konkrete Projekte, die die SP verfolgt. Bei Punkt 3 geht es ganz konkret um die Mindestlohn-Initiative und darum sollte dieser Abschnitt auch nicht mit weiteren, ähnlich gelagerten Forderungen erweitert werden.

A-11 SP Frauen Schweiz, Titel: Mindestlöhne ersetzen durch existenzsichernde **Löhne** für alle....

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL ist der Meinung, dass es wichtig ist, die Mindestlöhne explizit zu erwähnen, da die SP gemeinsam mit den Gewerkschaften anfangs Jahr ihre Mindestlohn-Initiative lanciert hat.

A-12 SP Frauen Schweiz, Änderung erste Zeile.

„Wer voll arbeitet, muss auch von seinem Lohn leben können.“ ersetzen mit „Wer arbeitet, muss vom eigenen Lohn leben können“. „seinem Lohn“ ersetzen durch: „*vom eigenen Lohn*“

Begründung: Die Formulierung dieses Satzes lässt an folgendes Bild denken: „Der Arbeiter ernährt mit SEINEM Lohn seine Familie.“ Das kann ja wohl nicht das Ziel sein! Die Mindestlohninitiative betrifft $\frac{3}{4}$ weibliche Erwerbstätige: Dies sollte auch im Wording überkommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

A-13 SP Frauen Schweiz, Änderung dritte Zeile ff.

Zusatz: Folgende Sätze in kursiv sind zu ergänzen: Die Mindestlohninitiative und die Umsetzung der Lohngleichheit schaffen mehr Lohngerechtigkeit für alle: Ein Mindestlohn sorgt dafür, dass die Löhne aller Arbeitnehmenden mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. Die Lohngleichheit sorgt dafür, dass gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit bezahlt werden und somit die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit von Frauen verbessert werden kann.

Begründung: Einer der entscheidenden Faktoren zur Gleichstellung der Geschlechter, die auch im Vorspann der Wahlplattform erwähnt ist, ist die ökonomische Unabhängigkeit jeder Person. Nur wenn auch endlich die Lohngleichheit umgesetzt wird und es eine Diskussion über die Anhebung der Löhne in den sogenannten Frauenbranchen gibt, wird dieser Grundsatz ein Stück weit verwirklicht.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Das Konzept des 10-Punkte-Programms ist eine Beschränkung auf zehn ganz konkrete Projekte, die die SP verfolgt. Bei Punkt 3 geht es ganz konkret um die Mindestlohninitiative. Die Mindestlohninitiative ist aber auch ein wichtiges Mittel zur Erreichung der Lohngleichheit. Aus diesem Grund soll die Forderung nach Lohngleichheit in diesem Abschnitt explizit hinzugefügt werden. Am Ende des bisherigen Abschnittes soll der folgende Satz angefügt werden: „Die Mindestlöhne leisten auch einen entscheidenden Beitrag zur dringend notwendigen Lohngleichheit zwischen Mann und Frau.“

A-14 JUSO Schweiz

Im Punkt 3 (existenzsichernde Mindestlöhne für alle statt Lohndumping) soll der folgende Satz hinzugefügt werden: Die SP unterstützt auch die 1:12-Initiative, welche fordert, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der/die Bestverdienende im gleichen Unternehmen in einem Monat verdient.

Begründung: Die 1:12-Initiative ist das wichtigste Projekt der Juso. Diese wurde nach etwas mehr als einjähriger Sammelfrist mit rund 130'000 Unterschriften vor kurzem eingereicht und wird daher in den nächsten Jahren in der Tagespolitik bestimmend sein. Es wäre unverständlich, wenn die SP dieses Projekt nicht in ihrem 10-Punkte-Programm drin hätte.

Empfehlung der GL: annehmen.

Begründung: Die SP hat seit Beginn der Unterschriftensammlung die Initiative unterstützt. Sie ist auch mit prominenten VertreterInnen im Initiativkomitee und hat sich immer klar dafür ausgesprochen, dass es eine Lohnobergrenze braucht.

A-15 SP Muri-Gümligen (Barbara Stalder)

Titel neu: *Wir wollen eine Stärkung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) statt Lohndumping*

streichen: „Die Mindestlohninitiative schafft mehr Lohngerechtigkeit für alle: er sorgt dafür, dass die Löhne aller Arbeitnehmenden mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt hält.“

Neu: möglichst viele Arbeitnehmende sollten einem GAV unterstellt werden, dieser sollte für die ganze Branche verbindlich sein und auch Aussagen über den Mindestlohn enthalten.

Begründung: die Mindestlohninitiative greift zu kurz, sie unterscheidet nicht zwischen ausgebildeten und nicht ausgebildeten Mitarbeitenden und auch nicht zwischen den Branchen. Es muss auch ein monetärer Anreiz bestehen, eine Berufslehre zu machen. Die Initiative verlangt für Ungelernte einen Mindestlohn, der teilweise höher ist, als der heutige Anfangslohn nach der Lehre.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Die SP hat Mindestlohninitiative mitlanciert, weil sie einen anständigen Lohn für alle Arbeitnehmenden sichern will; unabhängig davon, ob sie eine Berufslehre machten oder nicht.

Wahlplattform, Punkt 4:**4. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle statt Profite für einige wenige**

Die Mieten steigen weiter an. Die BesitzerInnen von Boden und Häusern erzielen bei stärkerer Nachfrage nach Wohnraum höhere Gewinne – auf Kosten der MieterInnen. Mittlerweile kann in Städten oder Steuerdumpingkantonen sogar der Mittelstand kaum mehr eine Wohnung bezahlen. Das darf nicht sein. Mieten müssen den tatsächlichen Kosten entsprechen. Gemeinnütziger Wohnungsbau oder Sonderzonen für preisgünstige Wohnungen schaffen bezahlbaren Wohnraum. Mit der Abschöpfung des Planungsmehrwertes können Beiträge an den sozialen Wohnungsbau geleistet werden.

A-16 PS Vaudois : Modifier le point 4 comme suit :

Les loyers ne cessent d'augmenter dans les villes et les agglomérations. Les propriétaires profitent de la pénurie pour engranger de juteux bénéfices aux dépens des locataires. *Les cantons ou les communes pratiquant la sous-enchère fiscale attirent des contribuables très aisés qui trustent les logements, rendant la situation difficile pour les personnes modestes et même la classe moyenne.* Il faut promouvoir la construction *publique* de logements, les droits des locataires, *et encourager fortement la constitution de coopératives d'habitation.*

Motif : Nous voulons rendre le texte plus explicite et signifier l'importance du rôle des collectifs publics.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen

Wahlplattform, Punkt 5:**5. Wir wollen Chancengleichheit für alle dank Tagesschulen statt die Schule unserer Grosseltern**

Die Bildungschancen eines Kindes sind abhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Die heutige Schule kann dies nicht ausgleichen. Die SP will daher, dass die öffentliche Schule zur Tagesschule mit Betreuung und Aufgabenhilfe wird. Tagesschulen unterstützen alle Kinder gleichermaßen in ihrer schulischen Laufbahn und führen zu besseren Startchancen für alle. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

A-17 SP Thun, (Franz Schori), Neuformulierung

Wir wollen mehr Chancengleichheit für alle dank Tagesschulen statt unbetreuter Kinder zuhause.

Die Bildungschancen eines Kindes sind abhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Die heutige Schule kann dies nur zum Teil ausgleichen. Die SP will daher, dass flächendeckend in der Schweiz Tagesschulen mit Betreuung und Aufgabenhilfe angeboten werden. Tagesschulen unterstützen Kinder in ihrer schulischen Laufbahn und führen zu besseren Startchancen. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Begründung:

- Der Schluss des Titels „statt die Schule unserer Grosseltern“ lässt darauf schliessen, dass diese Schule grundsätzlich schlecht war, was so nicht stimmt. Zum Beispiel wurden früher fast nur Mehrjahrgangsklassen geführt. Heute geht die Tendenz auch wieder in diese Richtung und zwar nicht nur aus Gründen sinkender Schülerzahlen, sondern durchaus auch aus pädagogischen Gründen.
- Tagesschulen können einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit sein, sind aber nicht das einzige Mittel dazu.
- Eine grundsätzliche Umstrukturierung der öffentlichen Schulen in Tagesschulen entspricht nicht der schweizerischen Schultradition z. B. bezüglich Stundenplan und Länge des Schulweges.
- Ein Obligatorium für den Besuch einer Tagesschule ist ein grosser Eingriff in die Autonomie der Familie. Die Entscheidung, ob Kinder das Tagesschulangebot nutzen und wenn ja zu wie vielen Prozent, soll den Eltern überlassen werden.
- Es ist ein obligatorisches flächendeckendes Angebot von Tagesschulen zu favorisieren, wie es im Kanton Bern seit Schuljahr 2010/2011 angeboten wird.
- Chancengleichheit kann nicht erreicht werden, indem Kinder immer mehr fremd betreut und Familien geschwächt werden. Vielmehr sollte die SP Angebote fordern und fördern, die die Familien in ihren Erziehungsaufgaben unterstützt.

A-18 PS de la Chaux de Fonds, Loyse Renaud Hunziker, Titre:

Nous proposons une formulation plus neutre, à choix : « NON à l'école du passé », « NON à l'école d'autrefois », « NON à l'école d'antan ».

Commentaire : En effet, la formule « NON à l'école de grand-papa » nous déplaît, car sa personnalisation est ressentie comme méprisante envers ceux qui nous ont précédés, un brin populiste et pas épicène, laissant entendre que l'école est une affaire d'hommes.

A-19 SP Winterthur (Christian Ulrich) Ergänzungen sind fettgedruckt:

„...Die SP will daher, dass die öffentliche Schule **überall** zur **freiwilligen** Tagesschule mit Betreuung...“

Begründung: Die SP setzt sich dafür ein, dass alle öffentlichen Schulen zu Tagesschulen werden. So können alle Eltern frei entscheiden, ob sie ihr Kind die ganze Woche, nur einzelne Tage oder gar nicht durch die Tagesschule betreut haben möchten.

A-20 PS Vaudois : Rédiger le point 5 comme suit :**OUI à l'égalité des chances, NON à l'exclusion**

Pour que les chances dans le monde du travail soient égales pour tous, il est indispensable que l'école forme les enfants sans exclure personne et en se donnant les moyens d'aider ceux qui sont en difficulté. Ils ne doivent pas non plus subir l'organisation actuelle du monde du travail qui trop souvent empêche de concilier vie familiale et professionnelle. Le PS milite donc en faveur du passage de l'école publique à l'horaire continu, offrant un encadrement des élèves, également en dehors des heures d'enseignement. Pour les plus petits, l'accueil dans des structures bien organisées et professionnalisées est indispensable. Le PS demande suffisamment de places dans les garderies, des garderies ayant des horaires adaptés au monde du travail.

Motif : Nous proposons d'insister sur le problème de conciliation travail-famille. Nous refusons d'utiliser le terme d'école de grand-papa qui nous paraît vide de sens.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL möchte auf Anregung der Anträge A-17 bis A-20 einen neuen Titel und eine neue Formulierung vorschlagen.

Erstens soll der Titel neu folgendermassen lauten: **„Wir wollen Chancengleichheit für alle dank Tagesschulen statt die Schule von vorgestern.“** Die GL ist zwar auch der Auffassung, dass früher nicht alles schlecht war. Trotzdem hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt und für die Herausforderungen von heute passen die Lösungen von (vor-)gestern nicht mehr. Die Formulierung „von vorgestern“ ist indes etwas eleganter als die bisherige Formulierung und nimmt das Anliegen der SP La-Chaux-de-Fonds und der SP Waadt auf.

Zweitens soll der Satz der SP Winterthur übernommen werden und damit auch dem Anliegen der SP Thun und der SP Waadt Rechnung getragen werden: Die SP will daher, dass die öffentliche Schule überall zur freiwilligen Tagesschule mit Betreuung wird. Angesichts der teilweise grossen Widerstände gegen Reformen, fehlender Ressourcen und der Angst gewisser Kreise, man wolle den Eltern die Kinder „wegnehmen“, ist in einer mittelfristigen Perspektive der Fokus auf das flächendeckende Angebot die zentrale Forderung.

Die weiteren Anregungen der SP Waadt sollen indes nicht aufgenommen werden. Für die GL ist zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenfalls sehr wichtig (und daher in der Formulierung des Punktes auch drin). Gleichzeitig möchte sie aber insbesondere die Chancengleichheit ins Zentrum der Forderung stellen.

Wahlplattform, Punkt 6:**6. Wir wollen eine Weiterbildungsoffensive für alle statt Perspektivlosigkeit für Tiefqualifizierte**

Die Lebensstelle ist zur Ausnahme geworden. Viele haben Schwierigkeiten beim Erwerbseinstieg oder müssen häufig die Stelle wechseln. Lebenslanges Lernen ist wichtiger denn je. Hochqualifizierte bilden sich bereits heute weiter. Diese Chance sollen alle erhalten: Mit einem Weiterbildungsfonds, der die Ausbildungskosten übernimmt und den Lohnausfall bei länger-dauernden Ausbildungen ausgleicht. Die Finanzierung ist einfach: Auch Einkommen über 126'000.- Franken sollen ihren Beitrag an die Arbeitslosenversicherung leisten und damit die benötigten 450 bis 600 Millionen jährlich beisteuern.

A-21 PS Ticino, Cristina Zanini Barzagli e Fabio Pedrina, membri direzione

Raggruppare il punto 6. con il pto 5. : formazione e postformazione.

Nuovo titolo *“Si alle pari opportunità nella scuola dell’obbligo e alla postformazione, no alla marginalizzazione nella formazione e nel lavoro”*

Punkt 6. Mit Punkt 5. Verknüpfen, mit neuen Titel: *“JA zur Volksschule und zur Weiterbildung, NEIN zur schulischen und beruflichen Marginalisierung”.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen.

Begründung: Die von den beiden Punkten 5 und 6 behandelten Aspekte ergänzen sich. Punkt 5 legt quasi den Grundstein für Punkt 6. Durch ein Zusammenlegen würden die beiden Bereiche, die beide im Sinne des vorsorgenden Sozialstaates zentral sind, an Gewicht verlieren. Die beiden Punkte betreffen verschiedene Lebensalter, was ebenfalls eine separate Behandlung rechtfertigt.

A-22 PS Ticino, Cristina Zanini Barzagli e Fabio Pedrina, membri direzione

Creare un nuovo punto 6.

Sì alla rete di trasporti pubblica, NO a nuove autostrade

L’apertura di Alptransit apre nuove prospettive nei trasporti pubblici specialmente lungo la traversale alpina. Vogliamo che il trasporto delle merci venga trasferito sempre di più sulla ferrovia diminuendo in modo significativo il transito di mezzi pesanti sui principali assi autostradali del paese. Vogliamo favorire lo sviluppo di trasporti pubblici sostenibili sia a livello locale che internazionale. Siamo contrari al ventilato smantellamento delle reti di trasporto pubblico locale. Siamo pure contrari a nuove autostrade che produrranno solo un ulteriore aumento di traffico. Il PS si batte in particolare a fianco delle associazioni ambientaliste contro il raddoppio della galleria del S. Gottardo. Riteniamo che la valorizzazione del territorio e del turismo svizzero passi anche attraverso ad una mobilità più sostenibile.

Neuen Punkt 6 einfügen.

Ja zum öffentlichen Verkehr, nein zu neuen Autobahnen

Die Gotthardbahn wird zu neuen Perspektiven beim öffentlichen Verkehr führen, besonders entlang der Alpenachsen. Wir wollen insbesondere, dass der Güterverkehr vermehrt auf die Bahn verlagert wird, damit der Lastwagenverkehr auf den Schweizer Autobahnen abnimmt. Nachhaltig-

ge öffentliche Verkehrs- und Transportmittel sollen sowohl national wie auch international gefördert werden. Den Bau neuer Autobahnen lehnen wir ab. Diese bewirken eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs. In Zusammenarbeit mit den Umweltorganisationen kämpfen wir auch gegen den Bau einer zweiten Gotthardröhre. Erhalt und Aufwertung der Landschaft und Förderung des Tourismus sind nur mit einer nachhaltigeren Mobilität möglich.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL der SP ist der Meinung, dass kein neuer Punkt mit dieser Forderung formuliert werden soll, sondern dass sich die zentrale Forderung in den bestehenden Punkt 9 integrieren lässt. *Vogliamo che il trasporto delle merci venga trasferito sempre di più sulla ferrovia diminuendo in modo significativo il transito di mezzi pesanti sui principali assi autostradali del paese. Il PS si batte in particolare contro il raddoppio della galleria del S. Gottardo. Vogliamo favorire lo sviluppo di trasporti pubblici sostenibili sia a livello locale che internazionale.*

A-23 PS Vaudois :

La formation continue doit être un droit pour toutes et tous, permettant à chacun d'avoir accès aux connaissances et aux savoir-faire, même au-delà de la formation initiale. La formation continue des employés bénéficie aux entreprises et il est normal qu'elle la subventionne, d'une part en accordant des congés, d'autre part en finançant cette formation, le PS revendique la constitution d'un fonds national prenant en charge les coûts de formation et la perte de salaire en cas de formation au long cours.

Par ailleurs, le PS veut instaurer un droit à la reconversion professionnelle, notamment pour les personnes en situation de chômage, pris en charge par le même fonds. Son financement sera assuré par le déplafonnement des cotisations salariales – fixé aujourd'hui à 126'000 francs annuels – à l'assurance chômage. Les contributions de ces rémunérations, plus que confortables, permettront ainsi de dégager entre 450 et 600 millions directement affectés à ce fond.

Motif : Nous voulons que les entreprises qui en ont les moyens financent la formation continue car elle leur profite. Le PSV propose également un droit à la reconversion professionnelle pour les personnes au chômage.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die GL teilt das Anliegen, dass Weiterbildung, welche in erster Linie den Unternehmen nützen, auch von diesen bezahlt werden sollen. Weiterbildung, welche den Menschen etwa für eine berufliche Neuorientierung vorbereiten, sollen durch den Fonds bezahlt werden, welcher durch die Deplafonierung gespiesen wird. In diesem Sinne sieht die GL im Antrag der SP Waadt eine Konkretisierung des Punktes 6.

A-24 SP Muri-Gümligen (Barbara Stalder)

Neu: nach „die Chance sollen alle erhalten.“

Wer über keinen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügt, kann die Berufsschule als Vorbereitung auf einen Abschluss im Rahmen der Nachholbildung kostenlos besuchen. Die Kantone werden verpflichtet, betroffene Personen in geeigneter Form darüber zu informieren und auch das Instrument „validation des acquis“ zu fördern und diesen Personen gratis zur Verfügung zu stellen. In Berufen, in denen ein Mangel an Fachkräften besteht oder absehbar ist, unterstützen die Kantone die betroffenen Branchen bei der Schaffung von verkürzten Lehren für Erwachsene, der diesen Personen ausgezahlte Lehrlingslohn ist existenzsichernd. Dazu wird ein Weiterbildungsfonds geschaffen. Die Finanzierung ist einfach: auch Einkommen über 126 000.- Franken zahlen den gleichen Betrag, der in die ALV einbezahlt werden müsste direkt in diesen Fonds.

Streichen:

„Mit einem Weiterbildungsfonds, der die Ausbildungskosten übernimmt und den Lohnausfall bei längerdauernden Ausbildungen ausgleicht... sollen ihren Beitrag an die Arbeitslosenversicherung leisten und damit die benötigten 450 bis 600 Millionen jährlich beisteuern.“

Begründung: es sollen gezielt Weiterbildungen gefördert werden, die den betroffenen Menschen etwas bringen. Daher braucht es eine Förderung der Abschlüsse einer Berufslehre (EFZ) oder einer Attestausbildung (EBA). Die nötigen Instrumente sind vorhanden, werden aber nicht in allen Kantonen gleich gefördert. Eine Verknüpfung mit der Arbeitslosenversicherung ist gefährlich: die ALV darf qualifizierende Weiterbildungen nur in Ausnahmefällen unterstützen. Es wird kaum möglich sein, die zusätzlichen Mittel ausschliesslich für den vorgesehenen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Die Verknüpfung mit der Arbeitslosenversicherung ist für die GL sehr wichtig. Es ist genau die Idee, den Bestimmungszweck der möglichen Beiträge der ALV zu öffnen und diese grundsätzlich für die Weiterbildung brauchen zu können. Im übrigen ist die GL der Meinung, dass die Wahlplattform möglichst einfach und klar formuliert sein muss und daher auf Details verzichten sollte.

Wahlplattform, Punkt 7:**7. Wir wollen eine Erbschaftssteuer zur Finanzierung der AHV statt weitere Steuerprivilegien**

Ein Prozent der Wohnbevölkerung besitzt so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Gleichzeitig profitiert genau dieses eine Prozent von weiteren Steuergeschenken, etwa bei der Erbschaft. In der Schweiz werden jedes Jahr 45 Milliarden Franken vererbt. Steuerfrei. Einige wenige Grosserben profitieren, ohne jede Leistung – die Chancengleichheit bleibt auf der Strecke. Eine Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von 2 Millionen Franken garantiert mehr soziale Gerechtigkeit. Die zusätzlichen Einnahmen kommen direkt der AHV und somit der gesamten Bevölkerung zugute.

A-25 PS Vaudois :

Biffer la mention de l'affectation à l'AVS dans le titre en fin de paragraphe :

OUI à un impôt sur les successions pour financer l'AVS, NON aux privilèges fiscaux

. être attribuées à l'AVS.

Motif : L'attribution à l'AVS alors que nous maintenons que ses finances sont saines nous paraît inadéquate. Autant que cela bénéficie simplement à l'Etat comme tout impôt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die geplante, gemeinsame Volksinitiative von SP, EVP, Grünen und Gewerkschaften koppelt ganz konkret eine nationale Erbschaftssteuer mit zusätzlichen Mitteln für die AHV. Darum wird das auch so im 10-Punkte-Programm ausgeführt. Die GL teilt aber die Haltung der SP Waadt, wonach die AHV nach wie vor in einem sehr guten finanziellen Zustand ist.

Wahlplattform, Punkt 8:**8. Wir wollen ein Lebensarbeitszeitmodell für die AHV statt ein höheres Rentenalter**

Das Recht auf Rente muss von der beruflichen Laufbahn des Einzelnen und von der Beschwerlichkeit der verrichteten Arbeit abhängig gemacht werden. Schliesslich wirkt sich diese auch auf die Lebenserwartung aus. Daher darf künftig das Rentenalter nicht einzig vom Alter abhängen, vielmehr muss auch die geleistete Lebensarbeitszeit berücksichtigt werden. So soll die Pensionierung in der Regel nach 42 AHV-Beitragsjahren erfolgen – frühestens mit 62, spätestens mit 65 Jahren. Eine Erhöhung des Rentenalters im Rahmen der 12. AHV-Revision wird die SP kategorisch ablehnen.

A-26 SP Frauen Schweiz

Zweite Zeile: „Beschwerlichkeit“ wird durch das Wort „*Belastungen*“ ersetzt.

Begründung: Die Beschwerlichkeit der Arbeit lässt automatisch an körperlich schwere Arbeit denken, die durchaus auch beinhaltet sein soll. Aber es geht auch um monotone Bewegungsabläufe und Tätigkeiten, Dabei stellt sich insbesondere die Frage, ob Anforderungen und Belastungen bei frauen- und männertypischen Tätigkeiten mit den gleichen Ellen gemessen werden. Auch hier soll auf die Gleichwertigkeit geachtet werden und das soll mit dem Ausdruck „*Belastungen*“ zum Ausdruck kommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-27 SP Muri-Gümligen (Barbara Stalder)

Punkt 8.

„spätestens mit 65 Jahren“ wird durch „in der Regel mit höchstens 65 Jahren“ ersetzt.

Begründung: Es gibt bereits heute Situationen, wo alle Beteiligten wünschen, dass eine Person länger als bis zum 65. Altersjahr beschäftigt wird. Auch wenn wir eine generelle Erhöhung des Rentenalters klar ablehnen, sollten Ausnahmen doch möglich sein. Es braucht eine Flexibilisierung - nach unten und nach oben.

A-28 PS Vaudois : Modifier le point 8 comme suit :

OUI à une AVS selon les années de cotisations, NON à la hausse de l'âge de la retraite

Le droit après ~~42~~ 40 ans de cotisations – *au plus tôt à 62 ans, au plus tard à 65.* Le PS refusera ainsi catégoriquement toute tentative de relèvement de l'âge de la retraite dans le cadre de la 12ème révision de l'AVS.

Motif : Les 40 ans de cotisations sont une revendication historique ; nous ne comprenons pas ce recul.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die GL möchte beide Anträge ablehnen. Die GL ist der Ansicht, dass es ganz grundsätzlich eine Flexibilisierung des Rentenalters geben muss. Dies wird mit dem von der GL vorgeschlagenen Lebensarbeitszeit-Modell erreicht, welches denjenigen, welche bereits früh mit einer (meist körperlich anstrengenden) Arbeit beginnen, eine frühzeitige Rente mit 62 erlaubt. Gleichzeitig ist die SP aber auch der Meinung, dass das Rentenalter 65 ganz grundsätzlich die Obergrenze bleiben muss. Daher wendet sie sich gegen den Antrag der SP Muri. Die GL möchte auf der anderen Seite auch kein Senken des Rentenalters und keine Flexibilisierung auf unter 62 Jahre. Aus diesem Grund wendet sie sich auch gegen den Antrag der SP Waadt.

Wahlplattform, Punkt 9:**9. Wir wollen einen flächendeckenden Service Public statt ein Auspielen von Stadt und Land**

Von einem starken Service Public und guten Infrastrukturen profitiert die ganze Bevölkerung. Bahn- und Buslinien, Poststellen, Schulen und eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen halten unser Land zusammen und sorgen für Lebensqualität und Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz. Wenn wir heute bei den Infrastrukturen sparen, sparen wir auf Kosten der Zukunft der Schweiz. Gerade für die Bahn braucht es eine sinnvolle Investitionen: Etwa mit der Erhöhung der Gewinnsteuer der Unternehmen statt mit einer einseitigen Belastung aller BenutzerInnen der öffentlichen Verkehrs.

A-29 PS Vaudois :

Remplacer le texte dès la fin de la deuxième phrase : «...nos emplois. Les services publics ne doivent pas être soumis aux impératifs de compétitivité et de concurrence. Le PS empêchera toute nouvelle privatisation et/ou libéralisation des services publics. Il s'opposera également aux mesures d'économie qui viserait à affaiblir la qualité du service public. Il proposera et appuiera toutes les démarches en faveur des investissements pour l'amélioration des réseaux des transports, de la poste, des hôpitaux, des écoles entre autres, afin que sur l'ensemble du territoire les usagers bénéficient de toutes les prestations qu'offrent les services publics. »

Commentaire : Il est indispensable que le PS fasse obstacle aux vellétés de la droite de privatiser et/ou libéraliser, là aussi sous prétexte « d'une bonne concurrence ». Le démantèlement des services publics ne permet plus d'assurer la qualité des prestations et démonte tout ce qui marche bien. La direction du PSS ne doit pas oublier que le Congrès de Lausanne a largement approuvé cette orientation.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die GL ist der Auffassung, dass im Punkt 9 bereits klar zum Ausdruck kommt, dass die SP sich für einen starken Service Public und damit auch gegen Privatisierungen und Liberalisierung ausspricht. Grundsätzlich sollen die Punkte insbesondere die positiven Aussagen der SP ins Zentrum rücken und nicht auf allfällige Punkte der Gegner eingehen. Aus diesem Grund möchte die GL nicht alle von der SP Waadt erwähnten Punkte, gegen die sich die SP wehren soll, aufnehmen. Gleichwohl soll in einem Zusatz explizit und zur Unterstreichung erwähnt werden, dass die SP keine Privatisierungen und Liberalisierungen in diesem Bereich unterstützen kann.

Wahlplattform, Punkt 10:**10. Wir wollen einen starken Werkplatz statt einer Dominanz der Banken**

200'000'000'000'000 Franken kostete die Finanzkrise weltweit. Sie hat gezeigt: Investmentbanken und Hedgefonds haben die Realwirtschaft in Geiselnhaft genommen. Die vergangenen Jahre waren von Deregulierung und Selbstkontrolle geprägt. Dieses System hat versagt. Darum braucht es jetzt Regeln für den Finanzplatz: Lösungen für das „too big to fail“- Problem. Beschränkungen der Boni. Zudem muss die Finanzwelt für die Kosten ihrer Krisen aufkommen: Mit einer internationalen Finanztransaktionssteuer, die hilft, die Spekulation auf den Märkten zu zähmen.

A-30 PS Vaudois : Modifier le point 10 comme suit :

Oui à la production de richesses, non aux diktats de la finance

Une crise économique majeure est en train de secouer le monde. La finance dicte sa loi, celle du profit, au détriment de la production réelle de richesses. Pour le PS, il faut réréguler la place financière, empêcher les banques de devenir trop grandes, limiter les bonus et introduire une taxe internationale sur les transactions financières afin d'endiguer la spéculation sur les marchés. *Afin de mettre la finance au service de l'investissement productif, plutôt que de la spéculation, l'Etat doit intervenir pour offrir des crédits à l'investissement. Un fonds doit également être créé qui permette aux travailleurs d'une entreprise de se réappropriier l'outil de production, sous forme de coopérative, notamment en cas de faillite ou de désinvestissement.*

Motif : Nous vous insister sur le développement de l'économie réelle et pas juste parler d'encadrer la finance.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: Dieser Punkt zielt auf die Problematik des unregulierten Finanzmarktes. Als Konsequenz der globalen Krise gilt es jetzt neue Regeln für eine Finanzwirtschaft im Dienst der Realwirtschaft zu schaffen. Die Idee eines staatlich finanzierten Fonds gilt es zu prüfen, aber sie steht nicht im Zusammenhang mit der Finanzmarktregulierung.

Wahlplattform, Neue Punkte:**A-31 Groupe socialiste de réflexion et d'action** (Carlo Sommaruga, Franco Cavalli, Willy Spieler)**1. Service public:****Programmvorgaben**

Der letzte Parteitag hat mit erdrückender Mehrheit einen Antrag Pestoni angenommen, der mit folgendem Wortlaut ins Programm aufgenommen wurde: „Telekommunikation, Post und Eisenbahnen sollen erneut der direkten Kontrolle des Bundes unterstellt werden“, und zwar „über strategische Grundsätze hinaus auch operativ“ (IV.5.b. Für einen starken Service public, Ziff. 4, S. 50). Diese Forderung des Programms müsste unverzüglich in Angriff genommen werden, zumal der Service public auch international unter Druck steht, wie im eben zitierten Abschnitt ebenfalls zu lesen ist (S. 49).

Allerdings bedarf der Service public auch im Innenverhältnis, also innerhalb seiner Unternehmungen und deren Umfeld, der Demokratisierung. Darum heisst es im Anschluss an die zitierte Stelle: „Neben der öffentlichen Hand sollen auch die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in die tatsächliche Entscheidungsfindung eingebunden werden.“ (Ähnlich III.1. Die Demokratisierung der Wirtschaft, Ziff.9, S. 18). Dass die Telekommunikation auch „genossenschaftlich“ verfasst werden könnte, steht zusätzlich im visionären Teil des Programms (III.1.Ziff.1, S. 16).

Textvorschlag: Wir wollen einen demokratischen Service public

Der Service public ist dann demokratisch organisiert, wenn seine Unternehmungen einerseits in der Verantwortung des Staates bleiben oder in sie zurückgeführt werden. Andererseits sollen die Beschäftigten, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Kantone und Kommunen ein Mitspracherecht bei den strategischen Entscheidungen und ein Mitbestimmungsrecht bei deren Vollzug erhalten. Nur so kann der Service public die flächendeckende Versorgungssicherheit, die Arbeitsplatzsicherheit und die Lohngleichheit garantieren, damit aber auch gegenüber der Privatwirtschaft eine Vorbildrolle wahrnehmen.

Die Teilprivatisierung von Swisscom 1998 hat der Eidgenossenschaft jährliche Einbussen von Milliarden Franken zugunsten privater AktionärInnen eingetragen. Bei der Post wurden Tarife erhöht, Poststellen geschlossen und weitere Leistungen abgebaut. Ähnliche Fehlentwicklungen der Liberalisierung sind bei den SBB absehbar oder schon im Gange. Wie ausländische Beispiele zeigen, leidet darunter vor allem die Sicherheit der Fahrgäste und des Bahnpersonals.

Die SP Schweiz will Post und SBB wieder der direkten Kontrolle des Bundes unterstellen und die Swisscom entweder rückverstaatlichen oder in eine Genossenschaft überführen. Die SP Schweiz fordert für die Grossunternehmen der öffentlichen Hand rechtliche Strukturen, die dem Personal, den Konsumentinnen und Konsumenten sowie den Kantonen und Gemeinden Mitwirkungsrechte einräumen.

2. Bodenpolitik**Programmvorgaben**

Das neue Parteiprogramm formuliert als bodenpolitische Forderungen: „Der Boden gehört ins Eigentum der öffentlichen Hand, von landwirtschaftlichen Genossenschaften, von gemeinnützigen Baugenossenschaften und von Selbstnutzern und -nutzerinnen“. „Bodenrenten, denen

keine Leistung gegenübersteht“, werden „mit einer Steuer abgeschöpft“ (IV.6.d. Für eine nachhaltige Raumplanung und ein Recht auf Wohnen, Ziff.3, S. 56). Für ein solches Bodenrecht braucht es eine Verfassungsänderung durch eine Volksinitiative.

Das Programm verlangt sodann die Förderung der Wohnbaugenossenschaften: „Ihr Anteil am Wohnungsmarkt ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln.“ (III. 1. Die Demokratisierung der Wirtschaft, Ziff.2, S. 16) Wenn es der Partei damit ernst ist, muss sie sofort und auf allen Ebenen Vorstösse unternehmen, die in diese Richtung weisen. Im Bund findet sich dazu die Rechtsgrundlage im Wohnbauförderungsartikel 108 BV.

Textvorschlag: Wir wollen eine andere Bodenpolitik

Die Schweiz braucht eine aktive, soziale und ökologische Bodenpolitik. Schon heute hat die Zersiedelung des Landes ein unerträgliches Ausmass angenommen. Täglich verschwinden Grünflächen in der Grösse von 10 Fussballfeldern unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Zweitwohnungen machen die landschaftlich attraktivsten Gegenden des Landes zu Geisterstädten. In den Metropolitan-Zentren verstärkt sich die soziale Entmischung zugunsten von Personen mit hohem Einkommen in immer teureren Wohnungen. Dagegen hilft nur eine neue Bodenpolitik, die leistungsloses Einkommen aus dem Bodeneigentum und damit die Bodenspekulation beseitigt. Gleichzeitig muss der Staat den gemeinnützigen Wohnbau fördern, insbesondere den Anteil der Wohnbaugenossenschaften erhöhen.

Die SP Schweiz will die Bodenspekulation und alle damit verbundenen Folgen wie überhöhte Mietpreise und extremen Landverschleiss beseitigen. Der Boden gehört ins Eigentum von Selbstnutzern und -nutzerinnen, gemeinnützigen Baugenossenschaften, landwirtschaftlichen Genossenschaften und der öffentlichen Hand. Der Anteil der Wohnbaugenossenschaften am Wohnungsmarkt ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln.

3. Internationale Solidarität Programmvorgaben

Wenigstens einer der 10 Punkte sollte der hohen Gewichtung der internationalen Solidarität im Parteiprogramm Rechnung tragen. Dieses ist angesichts bevorstehender Verhandlungen von besonderer Aktualität, da es von Regierung und Parlament verlangt, sie sollten unverzüglich „für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards in multi- und bilateralen Wirtschaftsabkommen eintreten und aktiv gegen die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – vorgehen“ (IV.4.b. Weltweit die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung fördern, Ziff.2, S. 41). Nicht weniger eilt die Finanztransaktionssteuer, die das Programm fordert, beginnend auf der regionalen Ebene (IV.5. a. Für soziale und ökologische Leitpläne der Marktwirtschaft, Ziff.4, S. 48), und mit dem Ziel, „die internationale Spekulation einzudämmen und finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung bereitzustellen“ (S. 42). Die öffentliche Entwicklungshilfe von mehr als 0,7 Prozent (S. 41) gehört ebenfalls zur internationalen Solidarität.

Textvorschlag: Wir wollen eine Globalisierung der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Die neoliberale Globalisierung der Märkte zulasten der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit hat ein immenses Zerstörungswerk hinterlassen. Erstmals in der Geschichte leiden mehr als eine Milliarde Menschen Hunger. Kapitalistische Wachstumszwänge übernutzen das Klima und nicht regenerierbare Ressourcen. Das Finanzkapital hat sich selbstständig und dient nicht mehr der Realwirtschaft, kann diese aber jederzeit in den Strudel

einer globalen Krise reissen. In dieser Situation ist ein reiches Land wie die Schweiz gefordert, seine internationalen Beziehungen am Weltgemeinwohl zu orientieren.

Die SP Schweiz will für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards in multi- und bilateralen Wirtschaftsabkommen eintreten und die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – bekämpfen. Eine Finanztransaktionssteuer

soll die internationale Spekulation eindämmen und finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung bereitstellen. Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz soll auf mindestens 0,7 Prozent des BIP erhöht werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen.

Begründung: Die groupe de réflexion fordert in ihrem Antrag, der auf offenbar einer früheren Version der Wahlplattform beruht, die Aufnahme dreier Punkte, des Service Public, der Bodenpolitik und der internationalen Solidarität. Diese drei Punkte wurden im jetzt vorliegenden 10-Punkte-Programm aufgenommen. Verschiedene der oben aufgeführten Forderungen zum Service Public finden sich im Punkt 9. Die Miet- und Bodenpolitik wird neu in Punkt 4 aufgenommen. Und die internationale Solidarität im Punkt 10. Dabei wurde jeweils darauf geachtet, diese möglichst konkret und prägnant auf den Punkt zu bringen und daher auch verschiedene zusätzliche Forderungen im jeweiligen Bereich wegzulassen.

A-32 PS Vaudois : Nouvelles thèses :

Oui à un congé parental, Non à la répartition inégale du travail entre hommes et femmes

L'égalité entre hommes et femmes se joue particulièrement lors de la naissance d'un enfant. Or, si nous avons obtenu de haute lutte un congé maternité, les pères ont en règle générale un congé dérisoire pour s'occuper de leurs enfants. Afin de promouvoir une juste répartition du travail dans les sphères privée et professionnelle, le PS veut introduire un congé parental d'une durée d'au moins 6 mois (incluant l'actuel congé maternité de 14 semaines) à répartir entre les parents dans les premières années de vie des enfants.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnen

Begründung: La question de l'équilibre entre la vie professionnelle et la vie familiale demeure une des priorités du PS. Daher unterstützt die GL natürlich die Forderung nach einem Vaterschaftsurlaub. Wenn die GL hier dennoch die Ablehnung empfiehlt, dann aus einem einfachen Grund: Die GL hat sich bei der Erarbeitung der Wahlplattform ganz bewusst auf 10 konkrete Projekte beschränkt – im Wissen darum, dass es noch sehr viele weitere zentrale Forderungen gäbe.

A-33 PS Vaudois : Nouvelles thèses :

Oui à la transparence en politique, Non à la toute-puissance des lobbys

Notre démocratie est sérieusement affaiblie du fait que le financement des partis est une zone de non-droit. Des banques rémunèrent les partis bourgeois en fonction de leur vote pour leurs intérêts ; de nombreux parlementaires sont financés par le lobbys des assureurs-maladies. Les citoyens doivent pouvoir voter pour un parti en connaissance de cause. Le PS demande, si besoin par voie d'initiative populaire, la transparence du financement des partis et le plafonnement des coûts des campagnes électorales et de votation. A ces seules conditions, la démocratie directe pourra fonctionner.

Empfehlung der Geschäftsleitung: ablehnen

Begründung:

Das Thema Parteienfinanzierung ist für die SP sehr wichtig und wird von ihr weiterhin mit Nachdruck verfolgt. Wenn es hier nicht berücksichtigt wird, ist es also keine Absage an das Thema. Im 10 Punkteprogramm sollen aber vor allem die sozialpolitischen Themen der Partei zur Geltung kommen. Davon müsste eines gestrichen werden, sollte die Transparenz der Parteienfinanzierung Eingang ins Papier finden, da die Beschränkung auf 10 Punkte eine klare kommunikative Vorgabe ist. Deshalb empfiehlt die GL, den Antrag abzulehnen.

Resolution der Geschäftsleitung:**R-2 Ausstieg aus der Atomkraft – Umstieg auf erneuerbare Energien**

Die Geschehnisse in Japan lösten und lösen bei der SP Schweiz grosse Betroffenheit aus. Wir sind in Gedanken bei den in Japan lebenden Menschen und drücken ihnen unsere tiefste Solidarität aus. Die SP Schweiz setzt sich dafür ein, dass die internationale Hilfe ihre Situation so rasch als möglich verbessert. In den kommenden Wochen und Monaten müssen ausreichend Mittel für die Bewältigung der Folgen der Naturkatastrophe, der atomaren Verseuchung sowie den Wiederaufbau zur Verfügung stehen.

Neben dem durch Erdbeben und Tsunami verursachten Leid beschäftigen uns die Folgen des atomaren GAU. Die unberechenbaren Risiken dieser Technologie lassen sich nicht länger verdrängen. Die nukleare Katastrophe spielt sich in einem hochentwickelten Land ab. Sie macht deutlich, dass die Technik nie vollständig kontrollierbar und dass nicht jedes Zusammenwirken verschiedener Umstände vorhersehbar ist.

Die SP Schweiz hat deshalb mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass Bundesrätin Doris Leuthard die Gesuche für neue AKW sistiert hat. Eine Sistierung kann aber nur der erste Schritt sein: **Es braucht den Verzicht auf neue AKW, den geordneten Ausstieg aus der Atom-Technologie und den Umstieg auf eine nachhaltige Stromversorgung.** Die SP hat diesen Weg mit ihrer vor einem Jahr lancierten eidgenössischen „Cleantech-Initiative“ bereits eingeschlagen. Sie verlangt Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen sowie eine Energiezukunft frei von fossiler und atomarer Produktion.

Forderungen der SP Schweiz: Atomausstiegsgesetz

- Die SP fordert ein Atomausstiegsgesetz und einen Plan für die Stilllegung der fünf Schweizer Atomreaktoren. Die maximal zu produzierende Energiemenge wird für jedes Kraftwerk limitiert. Das führt dazu, dass Mühleberg und Beznau 1 und 2 innert kurzer Zeit stillgelegt werden müssen.
- Bund und Atomenergieerzeuger vereinbaren den Ausstiegszeitpunkt von Gösgen und Leibstadt sowie die geordnete Ausserbetriebsetzung, ausgehend von einer Nutzungsdauer von 40 Jahren. Der Neubau von AKW wird verboten.

Forderungen der SP Schweiz: Massnahmen für den Umstieg

- Zur Verbesserung der Stromeffizienz braucht es ein konsequentes Effizienzprogramm. Ein grosser Teil des Potentials ist wirtschaftlich interessant, wird aber kaum genutzt, weil die Organisation des Strommarkts Stromeinsparungen kaum honoriert. Zur Effizienzförderung gehört ein Effizienzfonds, der von den AKW-Betreibergesellschaften gespiesen wird.
- Es braucht den forcierten Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung. Heute befinden sich 9800 GWh auf der Warteliste für im Rahmen der kostendeckenden Einspeisevergütung finanzierte Projekte. Das ist fast doppelt so viel als die vom Bund bis 2030 geforderte elektrische Stromproduktion aus erneuerbaren Energien. Wir wollen förderlichere Rahmenbedingungen bei Wind, Biomasse, Geothermie, Photovoltaik und Kleinwasserkraft (bis 10 MW).

Forderungen der SP Schweiz: Sofortmassnahme im Sicherheitsbereich

- Aufgrund von Abklärungen zu Schweizer AKW zeigte sich, dass AKW nicht erdbebensicher sind. • Alle Schweizer AKW sind beim Reaktorgebäude und den Notstandssystemen sofort so nachzurüsten, dass ein Erdbeben mit einer Magnitude > 7.0 mit Epizentrum Basel gemeistert werden kann.

GL-Resolution

R-3 Erschwinglichen Wohnraum für alle!

Die Wohnsituation der Menschen in den Städten und Agglomerationen hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft: Anfangsmieten sind in den Ballungszentren innerhalb von zehn Jahren um rund 60 Prozent gestiegen. Die Kosten für das Wohnen sind mit Abstand der grösste Posten in jedem Haushaltsbudget und volkswirtschaftlich gesehen entziehen die Miet- und Kaufpreissteigerungen den Haushalten Mittel, die dem Binnenkonsum fehlen. Hohe Miet- und Immobilienpreise schwächen die Kaufkraft und die Freiheit der Menschen empfindlich.

Profittiert haben davon einige wenige Immobilienspekulanten, die sich am Spiel mit den Nöten der grossen Mehrheit schamlos und ohne Leistung bereichern. Der globale Trend hin zu börsenkotierten Immobiliengesellschaften und Immobilienfonds hat den Wohnraum auch in der Schweiz definitiv zum Spielball der Finanzmärkte werden lassen. Mit der Ausnahme von Wohnbaugenossenschaften, gemeinnützigen Stiftungen und der öffentlichen Hand nutzen immer mehr Vermieter fast jede Gelegenheit, eine Wohnung noch ein bisschen teurer zu vermieten. Gleichzeitig verstärken gewissen Kantone und Gemeinden mit Dumpingsteuersätzen für ausländische Unternehmen die Preisspirale nach oben zusätzlich.

Für die SP sind die explodierenden Mieten in den Agglomerationen und Städten inakzeptabel. Die BürgerInnen sind nicht dazu da, mit ihren meist stagnierenden Arbeitseinkommen die exorbitanten Gewinne der Immobilienspekulanten zu finanzieren. Die Situation auf dem Immobilienmarkt widerspricht zunehmend dem Verfassungsauftrag, wonach Bund und Kantone sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür einsetzen, dass „Wohnungsuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können“. Aus all diesen Gründen ist es aus Sicht der SP eine Kernaufgabe des Staates hier lenkend einzugreifen.

Deshalb verlangt die SP:

- Die ständige Bodenpreissteigerung ist zu stoppen. Die öffentliche Hand muss eigenes Land ausschliesslich nicht renditeorientierten gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgeben. Zudem müssen Städte und Gemeinden aktiv nach Gelegenheit suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden. Der Anteil der Wohnbaugenossenschaften am Schweizer Wohnungsmarkt ist bis 2020 im Landesdurchschnitt auf zehn Prozent zu verdoppeln.
- Statt immer neuen Steuergeschenken für bereits privilegierte Hausbesitzer über das Bausparen und die Wohneigentumsförderung muss der Bund im Interesse der Allgemeinheit mehr Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die Genossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen sind die Garanten für die Kostenmiete und einen Kündigungsschutz, der seinen Namen auch verdient.
- Städte und Agglomerationen mit akuter Wohnungsnot und markanten Preissteigerungen sollen Zonen für den Wohnungsbau nach dem Grundsatz der Kostenmiete definieren und so für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen Wohnraum sicherstellen.

- Es braucht eine Stärkung der seit 30 Jahren ungenügend vollzogenen Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Umzonungen durch eine zwingende Bundesregelung. Denn es braucht ein Bodenrecht, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, mit einer Steuer abschöpft .
- Der Kündigungsschutz muss generell dahingehend verbessert werden, dass Kündigungen nur noch zulässig sind, wenn ein gerechtfertigter Grund vorliegt. Damit sind Kündigungen zur Erzielung eines höheren Ertrages oder um unverhältnismässige Sanierungen durchzuführen, unzulässig.
- MieterInnen, die seit vielen Jahren in einer Wohnung leben, sollen ein Vorkaufsrecht erhalten. Mietzinserhöhungen nach Handänderungen sind zu verbieten. Mittels Formularpflicht muss die Anfechtung der Anfangsmiete erleichtert werden und das mietgerichtliche Verfahren soll kostenlos sein. Ebenso soll der Wohnungstausch zwischen Mietern ohne Mietzins-erhöhung ermöglicht werden.
- Boden und Immobilien müssen auch durch Anlagevorschriften und die Unterstellung unter das Geldwäschereigesetz vor Preissteigerungen geschützt werden.

Resolution der Geschäftsleitung

R-4 Für eine tiefgreifende Reform der Sozialistischen Internationale

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist langjähriges Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI), deren Wurzeln ins 19. Jahrhundert zurückreichen und die 1951 als Club westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien in Frankfurt a.M. neu gegründet wurde. Mit der Dekolonisation und dem Ende des Kalten Krieges erweiterte sich der Mitgliederbestand der SI sehr stark und sie wurde zu einer wirklichen Internationale aus allen Kontinenten.

Die Werte, für die die SI steht, sind die unveräusserlichen Menschenrechte, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich und internationaler Solidarität. Die Solidarität mit den Ärmsten und Unterdrückten weltweit ist konstitutiv innerhalb der internationalen sozialdemokratischen Parteienfamilie. Diese Werte sind verbindlich für alle Mitgliedsparteien. Ziel der SI ist es, gemeinsame Interessen und gegenseitiges Verständnis über Ländergrenzen und Kontinente hinweg zu entwickeln, um so unsere Eine Welt friedlicher, gerechter und sicherer zu machen. Der SI ist es beispielsweise vor allen anderen internationalen Organisationen gelungen, die israelische Arbeitspartei mit der palästinensischen Fatah zusammenzubringen, und einigen kleinen Mitgliedsparteien war es erst durch die Einbindung in die SI möglich, politisch in ihren Ländern zu überleben. Wegen dieser Erfolge ist das weltweite Interesse an der SI ungebremst und viele Parteien bemühen sich, Mitglied im sozialdemokratischen Parteienbündnis zu werden. Aus diesem Grund ist die SI auf mittlerweile über 160 Mitglieder angewachsen. Auf diese historischen Erfolge sind wir stolz.

Doch nicht alle Mitgliedsparteien der SI erfüllen die in sie gesetzten Hoffnungen. Einige haben den gemeinsamen Kompass verloren und sind von einstigen Freiheitsbewegungen zu autoritären Kaderparteien pervertiert. Der Verbleib oder die Neuaufnahme derartiger Parteien in der SI ist für die SP Schweiz absolut inakzeptabel. Die Sozialistische Internationale war vor allem andere eine weltweite Stimme für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Die Glaubwürdigkeit der SI hängt deshalb entscheidend davon ab, dass sie keinen „Rabatt“ bei der Achtung und beim aktiven Eintreten für diese Freiheits- und Menschenrechte für ihre Mitglieder gewährt. Deshalb gilt es, alle Parteien aus der Sozialistischen Internationale auszuschliessen und für die Zukunft nicht aufzunehmen, die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte missachten.

Ein erster wichtiger Schritt ist mit dem sofortigen Ausschluss der tunesischen RCD und der ägyptischen NDP erfolgt. Es bleibt aber beschämend für die SI, dass dies erst im Rahmen der beginnenden Demokratiebewegung in diesen Ländern erfolgte. Andere Mitgliedschaften von Parteien wie die FPI in der Elfenbeinküste wurden bisher lediglich suspendiert oder können ihre Mitgliedsrechte sogar weiterhin uneingeschränkt wahrnehmen. Die SP Schweiz kann das weder akzeptieren noch tolerieren, sondern tritt für den umgehenden Ausschluss dieser Parteien aus der SI ein. Mehr noch: unsere Beitragszahlungen an die SI und am Ende auch unsere Mitgliedschaft in der SI selbst hängen von der eindeutigen und unmissverständlichen Klärung dieser Fragen innerhalb der SI ab.

Über diesen Ausschluss von antidemokratischen und menschenrechtsverletzenden Parteien hinaus muss die SI grundlegend reformiert, vielleicht sogar neu gegründet werden. Ihre Strukturen sind erstarrt und sie wird zunehmend bedeutungslos in der internationalen Politik. Die SP Schweiz schliesst sich aus diesen Überlegungen folgenden vier Forderungen an, welche das SPD-Präsidium am 14. März 2011 erhoben hat:

1. Die SI braucht ein Instrument zur Ergreifung dringlicher Massnahmen, wenn eine Mitgliedspartei Menschenrechte eklatant verletzt. Die Verfahren zur Überprüfung von Mitgliedsparteien müssen verbessert und sie müssen schneller werden, wenn es begründeten Zweifel daran gibt, dass eine Partei die Werte der SI grundlegend verletzt.
2. Die SI muss wieder politisch relevant werden. Sie muss der Ort sein, an dem weltweit über Freiheit, Demokratie, Menschenrechte gesprochen und an einer gerechten Weltordnung gearbeitet und mitgewirkt wird. Dafür muss sie transparenter und demokratischer werden und ihre Gremien müssen regelmässig tagen.
3. Die SI muss sich öffnen, mehr Partizipationsmöglichkeiten bieten und wichtigen progressiven Parteien, Nichtregierungsorganisationen und anderen Partnern eine Bühne bieten. Sie muss die erste Adresse für diejenigen werden, die für Freiheit, gegen Ungerechtigkeit, für eine nachhaltige Entwicklung, gerechte Wirtschaftsordnungen und ein solidarisches Miteinander eintreten.
4. Die SI muss – ausserhalb der Konjunktur von Tagespolitik – in Konfliktregionen ein langfristiges und nachhaltiges Engagement betreiben. Sie muss zum Beispiel mehr Initiative im Nahen und Mittleren Osten zeigen und überdies Vorschläge zur Lösung „moderner Konfliktsachen“ machen: zu einer gerechten Ressourcenverteilung, gegen Wasserknappheit und für eine nachhaltige Entwicklung. Die SI ist der Ort, an dem Gegenkonzepte zum „Konflikt der Kulturen“ erarbeitet werden müssen. Sie kann auch wichtige Kampagnen, wie zum Beispiel zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer, unterstützen.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, muss die SI ihre Verwaltung und ihre internen Strukturen grundlegend reformieren. Sie braucht hierfür qualifiziertes Personal, das die Koordinierung mit den Mitgliedsparteien organisatorisch und inhaltlich zur Grundlage ihrer Arbeit macht. Aufbauend auf der langen Tradition strahlt die Idee der Internationalen noch immer eine grosse Anziehungskraft aus. Daher dürfen wir bei der Reform keine Zeit verlieren. Die neue Sozialistische Internationale muss Ende des Jahres erste Konturen haben. SozialdemokratInnen aus aller Welt müssen dann dort ihre Antworten suchen und finden, auf eine Globalisierung, die endlich ein neues Ziel hat: Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle statt Reichtum für Wenige.

SP des Kantons Waadt**R-5 Resolution zur Rückerstattung der Kosten für Brillengläser und Kontaktlinsen**

Die SP des Kantons Waadt wehrt sich dagegen, dass die Grundversicherung künftig keinen Beitrag mehr an die Kosten für Brillengläser oder Kontaktlinsen zahlt. Bis zum 31. Dezember 2010 beteiligten sich die Krankenkassen daran (180 Franken pro Jahr bei Kindern). Bundesrat Didier Burkhalter will darauf jedoch aus Spargründen verzichten.

Die SP und die CVP haben in den eidgenössischen Räten bereits Vorstösse lanciert, um dies rückgängig zu machen. Die SP verlangt, dass die Rückerstattung vollständig wieder eingeführt wird; die CVP fordert dies nur für Kinder. Diese Vorstösse werden in den nächsten Monaten behandelt.

Diese Sparmassnahme ist unsozial und unverantwortlich. Der Spareffekt ist minim und wird auf lediglich zehn Millionen Franken jährlich geschätzt. Das entspricht weniger als 0,1 Prozent der Gesundheitskosten. Für Familien in bescheidenen Verhältnissen, denen schon heute wenig Geld übrig bleibt, wären die Folgen dagegen gravierend. Im schlimmsten Fall hätten Kinder aus solchen Familien keine Brille. Und im besten Fall würden unnötigerweise Kosten auf die Kantone abgewälzt.

Scheitern die Motionen der SP oder der CVP im Parlament, beteiligt sich die SP Schweiz deshalb an der Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative. Diese soll zum Ziel haben, dass die Rückerstattung der Kosten für Brillengläser und Kontaktlinsen wieder eingeführt wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Entscheid von Bundesrat Didier Burkhalter ist ungerecht und bringt keine Verbesserungen. Das Problem dahinter ist jedoch die unverhältnismässig grosse Macht, die der Vorstehende des Eidgenössischen Departements des Innern besitzt. Er alleine legt den Leistungskatalog der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) fest. Diese Situation ist problematisch und unbefriedigend. Denn rein formal entscheidet eine einzige Person darüber, ob Leistungen dem Katalog der OKP hinzugefügt oder aus diesem gestrichen werden. Hier muss politisch der Hebel angesetzt werden. Die SP muss sich also Gedanken zu diesem Thema machen. Daraus müssen konkrete Vorschläge resultieren, wie die Kompetenz zur Festlegung des OKP-Katalogs neu definiert werden könnte. Beispielsweise könnte diese dem Bundesrat übertragen werden. Der Weg einer Volksinitiative wäre jedoch unangemessen.